

Chronologie des Verkaufs 2007/08

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. konnte 2011 mithilfe privater Spender und des Landes Brandenburg das gesamte 22.000 m² Areal für 436.000 Euro erwerben. Es kostete 2015 insgesamt ca. eine halbe Million Projektförderung. 280.000 Euro bringt die Gedenkstätte zusätzlich für die Betriebskosten in zwei Jahren auf. [LR 4.8.2016]

2016 entdeckten mehr als 8000 Besucher die Gedenkstätte, 2015 waren es inklusive vieler Schulklassen 6.500.

Die Chronologie: Weg frei für Menschenrechtszentrum am 30.1.2008

Erstes Teilgrundstück an neuen Verein übertragen. □ Die Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Cottbus und dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. zur Entwicklung einer Gedenkstätte auf der Fläche der früheren Justizvollzugsanstalt wurde gestern unterzeichnet. Das ist nur scheinbar ein formaler Verwaltungsakt. Mit der Nutzungsvereinbarung bekennen sich die Stadt und ihre Bürger zu einem schwierigen Kapitel der jüngeren Geschichte. Cottbus überlässt dem Menschenrechtszentrum nicht nur Teile der ehemaligen Haftanstalt. Sie übernimmt auch Verantwortung für die Gestaltung der Stätte des Gedenkens. Das 1860 fertiggestellte Gefängnis war in seiner langen Geschichte zwei Mal ein Ort der Vollstreckung von Unrechtsurteilen, ein Ort der Rechtsbeugung, von Misshandlung und Willkür. Jetzt sind die Grundlagen für die Entstehung einer würdigen Gedenkstätte vorhanden. Ziel ist nicht nur ein Ort des Gedenkens an die Opfer zweier Diktaturen. Anliegen des Zentrums, der Stadt und der ehemaligen Häftlinge ist auch die Menschenrechtsarbeit für Verfolgte in gegenwärtigen Diktaturen. □ Der Cottbuser Oberbürgermeister Frank Szymanski fand dafür anerkennende Worte in der 44. Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar

2008.

Gefängnis für 310.000 Euro an Uwe Harzdorf versteigert

(*dpa, 09.12.2007*) Nach der Versteigerung des früheren Cottbuser Gefängnisses für politische Gefangene in der DDR hat Chefauktionator Mark Karhausen keinen Zweifel an der Seriosität des Käufers. Der private Investor, der am Samstag den Zuschlag für 310 000 Euro erhielt, «weiß, was er tut», sagte Karhausen am Sonntag der dpa. «Er hat ein paar Ideen, was er mit der Liegenschaft machen will, diese seien aber noch nicht ausgereift», habe ihm der gebürtige Cottbuser erklärt. Auch wolle sich der Käufer mit dem Verein absprechen, der auf einer nicht versteigerten Teilfläche eine Bildungsstätte zum DDR-Unrecht errichten will. Zu den Beobachtern des Berliner Bieterverfahrens zählte auch Helmut Rauer, einflussreicher Cottbuser Immobilienunternehmer und Ex-Stasi-Offizier.

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. gegründet

(*LR/20cent, 12.11.2007*) Das neu gegründete Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. will sich in den kommenden Tagen an die Brandenburger Landesregierung, den Cottbuser Oberbürgermeister und die Stadtverordneten wenden. Der Verein sucht bei den Politikern Unterstützung für die Schaffung einer Bildungs- und Begegnungsstätte zur Erinnerung an das Schicksal politischer DDR-Häftlinge in Cottbus. Das kündigte der Vereinsvorsitzende und Brandenburger CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Dombrowski an. 30 Teilnehmer hatten das Menschenrechtszentrum am Mittwochabend gegründet. Zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden wurde Hugo Diederich (VOS) gewählt.

Der Verein will Teile oder das gesamte Gelände der ehemaligen Haftanstalt in der Bautzener Straße als Begegnungsstätte nutzen. Das Cottbuser Gefängnis war nach Bautzen die zweitgrößte DDR-Haftanstalt für politische Gefangene. Die Gebäude stehen seit Jahren leer und verfallen. Das Menschenrechtszentrum Cottbus will nun die Schicksale einzelner Inhaftierter sammeln.

(*dpa/bb*, 31. Okt. 2007) Das Land Brandenburg will die Aufarbeitung der DDR-Diktatur mehr als bisher ins Bewusstsein rücken. Deshalb werde das Kabinett in der nächsten Woche ein Konzept zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur verabschieden, sagte Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) der «Märkischen Oderzeitung». Wanka verteidigte den Beschluss, auch in Cottbus eine Erinnerungsstätte zu schaffen. Dort gebe es bei der Aufarbeitung im Gegensatz zu Potsdam oder Frankfurt (Oder) etwa Nachholbedarf. Auch das Zentrum für zeithistorische Forschung werde klare Akzente bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur setzen.

Bisher 1000 Unterschriften unter Cottbuser Erklärung zu SED-Diktatur

(*dpa/Die Welt*, 10.10.2007) Rund 1000 Menschen haben bislang ihre Unterschrift unter die am Sonntag verabschiedete Cottbuser Erklärung für eine stärkere Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur gesetzt. Dazu gehört der gesamte Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einschließlich des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder.

Auch aus der Landesregierung Brandenburgs habe es positive Resonanz gegeben, sagte einer der Organisatoren, der CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Dombrowski, am Mittwoch laut einer Mitteilung. Er hatte als politischer Häftling im Cottbuser DDR-Gefängnis eingesessen.

Von 1933 bis 1945 und danach wieder von 1945 bis 1989 waren hier regelmäßig politische Häftlinge untergebracht. Bis 1979 wurden im Keller sog. „U-Boot-Zellen“ betrieben, bis zum Ende der DDR im 2. Stock (linker Flügel, Bild rechts) die sog. „Tigerkäfige“ – Einzelhaftzellen, in denen innen Fenster und Tür doppelt mit durchgehenden Gitterstäben abgeteilt waren. Insbesondere zwischen 1945 und 1989 saßen hier jährlich 300 – 500 meist junge Häftlinge aus den Prozessen des NKWD, der GPU und des DDR-Staatssicherheitsdienstes.

Fenster zum Hof: Blick aus den Arbeitsräumen des VEB Pentacon Dresden (Produktionsräume innerhalb der Haftanstalt) zum

Gebäudetrakt der „Erziehungsbereiche“ EB 3 – 9, in dem vorwiegend politische Häftlinge untergebracht waren.

Obermeister Hubert Schulze, genannt „RT“ (Roter Terror) wurde 1996 zu 2,8 Jahren Haft ohne Bewährung wegen seiner Brutalitäten verurteilt, die er im offenen Vollzug in Berlin-Plötzensee abbüßte. Hier mit Rechtsanwalt Sinapius, Hoyerswerda. (rechts)

